

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushalts 2024

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Lüdinghausen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

als Kämmerer habe ich die Pflicht, aber auch den eigenen Anspruch, Ihnen in jedem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Gleichwohl muss ich Ihnen heute gemeinsam mit Bürgermeister Ansgar Mertens einen Haushaltsentwurf mit einem Defizit von rd. 5,9 Millionen Euro präsentieren. Um es klarzustellen: Diese Zahl schmerzt ungemein – überraschen kann sie aber nicht.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die nordrhein-westfälischen Kommunen haben sich in diesem Jahr nochmals drastisch verschärft. Ausdruck fand dies zuletzt in einem beispiellosen Brandbrief von über 350 Städten und Gemeinden an Ministerpräsident Hendrik Wüst, in dem auf die chronische Unterfinanzierung und die drohende Handlungsunfähigkeit der Kommunen hingewiesen wurde.

Klar ist auch: Bund und Land haben eigene massive finanzielle Schwierigkeiten. Im zurückliegenden Jahr wurde an vielen Stellen deutlich, dass die Verteilungskämpfe zwischen den staatlichen Ebenen an politischer Härte zugenommen haben und eine auskömmliche Finanzierung der den Kommunen übertragenen Aufgaben immer hart erstritten werden muss. Die Haushaltskrise auf Bundesebene nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Lage natürlich auch nicht erleichtert und wird noch Spuren hinterlassen.

Nun aber konkret zum Haushalt der Stadt Lüdinghausen und der Blick auf die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen:

Beginnen möchte ich mit den Aufwendungen. Warum? Weil ich die Gründe für unsere Haushaltsmisere im Wesentlichen dort verorte.

Dass 2024 ein Haushaltsausgleich unmöglich wird, wurde mir bereits vor rund drei Monaten klar. Die vom Landrat vorlegte erste Berechnung der Kreisumlage einschließlich Jugendamtsumlage wies für die Stadt Lüdinghausen einen Zahlbetrag von über 23 Mio. Euro, somit rd. 3 Mio. Euro mehr als im Vorjahr aus. Das war ein Schlag ins Kontor. Dagegen kannst du nicht ansparen!

Im Beratungsverfahren auf Kreisebene hat sich glücklicherweise noch eine Verbesserung von über 400.000 Euro ergeben, die wir auch noch im vorliegenden Haushaltsentwurf aufnehmen konnten.

Dennoch, es ist fatal: Rund 56 % unserer eigenen Steuereinnahmen überweisen wir direkt in den Kreishaushalt. Rechnen wir auch noch die Gewerbesteuerumlage und die Krankenhausumlage ein, wird klar, dass sogar 60 % unseres Steueraufkommens überhaupt nicht zur Deckung unserer eigenen Aufgaben zur Verfügung steht.

Ein wesentlicher Kostentreiber der Kreisumlage ist wiederum die Landschaftsverbandsumlage, mit der ungebremst steigende Sozialleistungen – insbesondere die Eingliederungshilfe – am Ende auf die Kommunen verteilt werden. NRW versucht aktuell über eine Bundesratsinitiative den Bund dazu zu bewegen, sich finanziell stärker an der Eingliederungshilfe zu beteiligen. Da drücken wir mal die Daumen... Stichwort „Verteilungskämpfe“.

Einer besonderen Betrachtung bedürfen auch die Personalaufwendungen, insbesondere, weil hier – wenn auch begrenzte – Möglichkeiten der eigenen Steuerung bestehen. Über 1,4 Millionen höhere Ausgaben als noch 2023 belasten den Etat 2024. Ein sattes Plus von etwa 10 Prozent. Sie sind wesentlich durch den bereits Anfang 2023 beschlossenen Tarifabschluss sowie die erwartete Anpassung bei den Beamtenbezügen geprägt. Eine noch höhere Belastung haben wir – unsere Möglichkeit der Steuerung nutzend – über komplette Zurückhaltung in den Stellenplänen 2023 und 2024 erreicht. Dies ist eine notwendige Ad-hoc-Maßnahme, aber angesichts weiter steigender Aufgabenbelastungen in der Verwaltung kaum eine Strategie für die Zukunft.

Die dritte große Vorbelastung für den Haushalt 2024 ist eine, die uns alle seit geraumer Zeit auch im Privaten trifft: Die anhaltend hohe Inflation. Sie frisst sich bereits seit rund zwei Jahren quasi von allen Seiten in den Haushalt und führt zu teils erheblichen Kostensteigerungen. Ob beim Einkauf von Waren, Dienstleistungen oder Bauleistungen: Wir müssen uns an andere Preise gewöhnen und in den Haushalt einpreisen.

Es gibt aber auch Lichtblicke: Wenn wir bei den Sach- und Dienstleistungen dennoch gegenüber 2023 keine Steigerung zu verzeichnen haben, so liegt ein Grund in den neuen Lieferkonditionen für Strom und Gas. Die Preise haben nicht zu alter Normalität zurückgefunden, sind aber jetzt ein Stück weit beherrschbar und

kalkulierbar geworden. Das Deutschlandticket entlastet uns zudem bei den Schülerbeförderungskosten. Besonders bei den Sach- und Dienstleistungen haben wir in den internen Haushaltsplanberatungen aber auch einen strengen Maßstab angelegt und nicht sämtliche Anmeldungen – insbesondere im Instandhaltungsbereich – aufnehmen können. Manches Notwendige wurde jedoch lediglich zeitlich verschoben und verschafft uns somit nur kurzfristig Luft.

In Summe belaufen sich die geplanten Aufwendungen am Ende auf rund 74,3 Millionen Euro.

Wie sieht´s bei den Erträgen aus?

Die erste Antwort lautet: Es gibt durchaus Positives zu berichten.

Die zweite Antwort lautet: Es reicht nicht.

Besonders hervorzuheben ist die Schlüsselzuweisung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz NRW. Nach dem Einbruch 2023 mit einem Zuweisungsbetrag von lediglich 1,8 Mio. Euro erhalten wir 2024 über 5,9 Mio. Euro und bewahren den Haushalt 2024 damit ein Stück weit vor dem kompletten Desaster. Die Gründe liegen in der komplexen Berechnungssystematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Steigende Einwohner- und Schülerzahlen, insbesondere aber unsere zurückgehende Steuerkraft im Referenzzeitraum 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2023 sind ausschlaggebend für die hohe Zahlung 2024.

Der Weg zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 war seitens des Landes im Übrigen chaotisch gestaltet. Sowohl die sog. Altschuldenlösung, als auch ein Investitionsprogramm für kommunale Klimaschutzmaßnahmen sollten über Vorwegabzüge bei den GFG-Mitteln über Jahrzehnte von den Kommunen selbst refinanziert werden. Beide Vorhaben sind zurecht gescheitert, sind aber ein weiterer Beleg für die Schärfe der finanzpolitischen Verteilungskämpfe.

Die signifikant gestiegene Schlüsselzuweisung wird leider auf das Jahr 2024 beschränkt bleiben.

Auch in der Perspektive positiv entwickeln sich dagegen unsere Steuereinnahmen. Auch wenn wir beim Anteil an der Einkommensteuer in der zweiten Jahreshälfte 2023 einen nicht erwarteten Einnahmerückgang beobachten mussten, so planen wir die Jahre 2024 bis 2027 dennoch optimistisch. Gleiches gilt für die Gewerbesteuer, die

sich im Rückblick der letzten Jahre in Lüdinghausen als ausgesprochen krisenfest erwiesen hat. Gleichwohl mahne ich an dieser Stelle zur Vorsicht und weise ausdrücklich auf die nicht vorhersehbaren Schwankungen beim Gewerbesteueraufkommen hin. Beachten Sie bitte auch, dass gesetzgeberische Aktivitäten des Bundes zur steuerlichen Entlastung von Unternehmen, insbesondere das Wachstumschancengesetz, zu erheblichen Mindereinnahmen bei der kommunalen Gewerbesteuer führen werden. Mit einem Betrag von 16,6 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer haben wir letztlich einen Ansatz gewählt, der Chancen und Risiken der Gewerbesteuerentwicklung angemessen abbildet.

Unterm Strich sieht der Haushalt im kommenden Jahr erstmals über 40 Mio. Euro Steuereinnahmen vor, die sich bis 2027 auf über 45 Mio. Euro verstetigen.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklungen auf der Ertragsseite reichen die Gesamterträge in Summe von 68,36 Mio. Euro bei weitem nicht aus, um die genannten Aufwendungen von 74,3 Mio. Euro zu decken. Das Defizit kann ab 2024 auch nicht mehr wie in den letzten Jahren mit einer Bilanzierungshilfe abgemildert werden. Dieses Instrument läuft mit dem Jahr 2023 aus, was ich außerordentlich begrüße, weil es nicht zur Haushaltsklarheit und -wahrheit beigetragen hat.

Am Ende bleibt ein Defizit von rund 5,9 Mio. Euro. Der Haushalt der Stadt Lüdinghausen gilt gleichwohl als fiktiv ausgeglichen, da eine Verrechnung mit der Ausgleichsrücklage (Achtung: Das ist kein Bargeld!) möglich ist. Für die Jahre 2025 bis 2027 sind weitere Defizite in Summe von 21,8 Mio. Euro vorgesehen. Sollte es so kommen, werden wir also unsere über 15 Jahre aufgebaute Ausgleichsrücklage innerhalb weniger Jahre um mehr als zwei Drittel reduzieren.

Die defizitären Ergebnisplanungen bleiben natürlich auch nicht ohne Auswirkungen auf unseren Finanzplan, der die geplanten Liquiditätsströme abbildet. Auch hier zeigt sich beim Vergleich der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit – sozusagen unser Tagesgeschäft – bereits ein Defizit von 5 Mio. Euro.

Dazu ist unser weiterhin anspruchsvolles Investitionsprogramm zu finanzieren. Lüdinghausen ist eine dynamisch wachsende Stadt, die in

allen wesentlichen kommunalen Aufgabenfeldern ihre Infrastruktur erneuert oder erweitert. Über 21 Millionen Euro Auszahlungen für Investitionstätigkeit sind beeindruckend, weil sie belegen, dass die Stadt Lüdinghausen ambitioniert und zukunftsorientiert Geld in die Hand nimmt,

- um ein herausragender Schul- und Bildungsstandort zu bleiben,
- um sich zurecht weiterhin Sportstadt nennen zu dürfen,
- um höchste Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu bieten,
- um über eine leistungsfähige Feuerwehr mit modernen Fahrzeug- und Gebäudebestand zu verfügen
- und um die Voraussetzungen für neue Wohn- und Gewerbeflächenentwicklungen zu schaffen.

Wesentliche Maßnahmen und Schwerpunkte hat Bürgermeister Ansgar Mertens bereits skizziert, ich will sie hier nicht wiederholen.

Am Ende weist der Finanzplan eine Liquiditätslücke von fast 15 Mio. Euro aus. Es ist daher eine Kreditermächtigung für Investitionen von 13,2 Mio. Euro vorgesehen, im Übrigen können wir 2024 die Zahlungsfähigkeit mit dem aktuell vorhandenen Liquiditätsüberschuss sicherstellen. Doch ab 2025 zeigt der Finanzplan die Notwendigkeit von Liquiditätskrediten auf, die sich bis Ende 2027 auf rechnerisch rund 13,9 Millionen Euro summieren.

Einerseits muss ich als Kämmerer diesen Punkt nochmal betonen:

Die Stadt Lüdinghausen wird am Ende des Finanzplanungszeitraums quasi auf einen Überziehungskredit in Höhe von 13,9 Mio. Euro angewiesen sein, um ihren laufenden Verpflichtungen nachkommen zu können.

Andererseits setzt diese Entwicklung voraus, dass alles so kommt wie geplant:

- alle laufenden Aufwendungspositionen werden vollständig in Anspruch genommen
- es ergeben sich auf der Ertragsseite keine Verbesserungen
- alle Baumaßnahmen werden zeitlich wie geplant durchgeführt und abgerechnet
- sämtliche Mittel für Grunderwerb und Ankauf von Immobilien werden genutzt.

Bitte beurteilen Sie selbst, ob dies realistisch ist. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass seriöse Haushaltsplanung diese Entwicklung so darstellen muss.

Soweit der schnelle Ritt durch unseren Ergebnis- und Finanzplan mit zum Teil sehr ernüchternden Zahlen.

Jetzt wissen Sie, wo wir stehen.

Aber: Zahlen zeigen nicht nur, wo man steht, sondern auch, wo man hin muss.

Der vom Rat für das Haushaltsjahr 2023 verhängten pauschalen Haushaltssperre in Höhe von 750.000 Euro fehlte es aus meiner Sicht an Bestimmtheit. Mit ihr wurde jedoch ein erstes wichtiges Signal Richtung Haushaltskonsolidierung gesetzt. Dies kann jedoch nur ein Anfang sein.

Es müssen langfristig wirksame Einsparpotentiale identifiziert werden und die bekannten Möglichkeiten zur Ertragssteigerung neu bewertet werden. Unsere Steuerungsgruppe Finanzen bietet hierfür den geeigneten Rahmen, sodass ich hier und heute auch nicht das Für und Wider von Einzelmaßnahmen reflektieren möchte.

Festhalten möchte ich jedoch, dass wir derzeit über keine gemeinsam getragene Strategie verfügen, mit der wir künftige Defizite begrenzen könnten. Darauf zu vertrauen, dass der Vollzug des Haushaltes sich stets wesentlich besser als geplant darstellt, ist ebenso wenig eine Strategie wie eine fortwährende Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und damit Schwächung unseres Eigenkapitals.

Diese Strategie-Lücke gilt es zu schließen, um künftig – je nach Entwicklung der Haushaltslage – flexibel reagieren zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ansätze für den vorliegenden Haushaltsentwurf sind in allen Fachbereichen der Verwaltung mit großer Sorgfalt und nach aktueller Informationslage zusammengetragen worden.

Der Haushalt 2024 ist aber gleichwohl mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, die sich daraus ergeben, dass wir leider in einer Zeit großer Krisen und Unwägbarkeiten leben. Ganz konkret wirkt sich dies insbesondere auf die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation aus. Hier sind in Abhängigkeit von der weiteren

Entwicklung und Datenlage noch Anpassungen im Beratungsverfahren zu erwarten.

Aber insbesondere Sie, sehr geehrte Stadtverordnete, haben jetzt die Möglichkeit Einfluss auf den Haushaltsentwurf zu nehmen und Änderungen vorzunehmen. Dies ist Ihr gutes Recht und gelebte Demokratie vor Ort. Am Ende müssen wir alle gemeinsam den Haushalt gegenüber der Bürgerschaft verantworten und sollten davon überzeugt sein, die richtigen Entscheidungen getroffen zu haben.

Bei den Haushaltsplanberatungen in den Fraktionen und Ausschüssen wird die Verwaltung Sie wie gewohnt gerne unterstützen, u. a. mit der inzwischen etablierten FAQ-Liste.

Ich danke allen, die am Entwurf des Budgetbuches 2024 mitgewirkt haben, insbesondere meinem Team in der Kämmerei. Bei euch, liebe Fachbereichsleiter bedanke ich mich auch. Nicht jeder vorgeschlagene Haushaltsansatz hat es wie gewünscht in den Entwurf geschafft. Danke fürs Verständnis.

Dank auch an die Verwaltungsleitung, lieber Ansgar, lieber Achim, für das immer gute Miteinander.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerade in dieser schwierigen Zeit ist der Haushaltsplan der Stadt Lüdinghausen eine unverzichtbare und solide Grundlage für die Weiterentwicklung unserer lebenswerten Stadt als Wohn-, Freizeit- und Arbeitsort und Lebensmittelpunkt für alle Generationen. Oder, um die Worte von Bürgermeister Ansgar Mertens aufzugreifen: Für eine gute Zukunft der Menschen in Lüdinghausen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Lüdinghausen, 14. Dezember 2023

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Heitkamp', with a long, wavy horizontal line extending to the right.

Armin Heitkamp, Kämmerer